

Veränderung der Parteitreu:  
Die Dynamik im Wahlverhalten nach 1945 bis 2000

Eine Gewichtung mit Zahlen und Fakten

**Das veränderte Votum:  
Die ersten 55 Jahre  
der 2. Republik *Österreich***

Eine Gegenüberstellung:  
Bezug zu historischen Veränderungen in Form einer Abgrenzung hinsichtlich  
der gesellschaftspolitischen und ideologischen Positionierung.

## ***Inhaltsverzeichnis***

- Vorwort
- 1. Einleitung
- 2. Ideologische und historische Bezugspunkte der ÖVP
  - 2.1. Grundsätzliche ideologische Aspekte der ÖVP
  - 2.2. Die ÖVP nach 1945
- 3. Ideologische und historische Bezugspunkte der SPÖ
  - 3.1. Grundsätzliche ideologische Aspekte der SPÖ
  - 3.2. Die SPÖ nach 1945
- 4. Abgrenzung grundsätzlicher Konfliktlinien
  - 4.1. Traditionelle Typologie (Auswahl)
  - 4.2. Zentrale Determinanten Ende der 90er Jahre
- 5. Synopsis hinsichtlich der Konfliktlinien und der Wählervoten
- 6. Zahlenmäßige Faktizitäten bzw. Aspekte hinsichtlich des Wahlverhaltens
- 7. Schlussfolgerungen
- 8. Literaturliste

### ***Vorwort***

Gesellschaftliche Verhältnisse prägen die Entbindung einer Parteitreu, die nach 1945 bis 2000 nachzuweisen sind. Zu ihnen gehören Sozialisationsprozesse, religiöse Bekenntnisse, Bildungsprozesse, der politische Wandel etc.

Die Basis der folgenden Überlegungen ist eine kurze Schwerpunktsetzung. Sie ist eine historische und ideologische Gegenüberstellung. Diese wiederum soll einen Überblick verschaffen, und zwar über jene Parteien, die nach dem Zweiten Weltkrieg für das politische Geschick in Österreich bestimmend waren. Ob die vorgestellte These verifiziert oder falsifiziert wird, hängt von den Zahlen ab, die die Richtung vorgeben.

Ausgehend von der mir zugänglichen Literatur, hat sich eine Schnittstelle zwischen den politischen Parteien u. d. Umsetzung der Demokratie ergeben. Sie kommt letztlich in meiner Themeneingrenzung zum Ausdruck. Auswirkungen, welche im Sinne der Thematik durch andere Parteien (FPÖ etc.) verursacht werden, kommen zwar indirekt (Wahlergebnisse) zum Ausdruck, werden aber hier nicht näher behandelt. Diese Ausklammerung wäre im Hinblick auf die gesellschaftspolitischen Perspektiven nach der Jahrtausendwende nicht mehr zu rechtfertigen. Die Verhältnisse ändern sich gravierend. So bleibt folgende Frage offen: Welche Gefahren keimen immer wieder in einem neuen Gewand? Diese Frage werde ich hier nicht beantworten. Vergessen wir sie aber nicht.

### ***1. Einleitung***

Mit Hilfe des Spannungsfeldes, das aus der historischen Wechselwirkung zwischen SPÖ und ÖVP resultiert, soll verdeutlicht werden, dass sich die beiden Parteien von der politischen Mitte aus gesehen, mit dem geringsten Abstand diametral gegenüberstehen und in der "Zweiten Republik" lange Zeit ein dynamisches Gleichgewicht bilden. Es scheint aber, dass es in ihrer ursprünglichen Form immer weniger gehalten werden kann. Die Zeiten ändern sich, und zwar gravierend.

So gibt es eine Schnittstelle zwischen den Feldern, welche einerseits die österreichische Demokratie, andererseits die politischen Parteien betreffen. Eine Kardinalrolle spielen einerseits das Wählervotum, und zwar als wesentliches demokratisches "Instrument", andererseits die ÖVP und die SPÖ als maßgebliche politische Bezugsfaktoren nach 1945.

In logischer Abwicklung ergibt sich summa summarum als eigentliche Problemstellung der Versuch einer Abgrenzung hinsichtlich historischer Fakten, um die historische Verflechtung der beiden untersuchten Parteien zu verdeutlichen, dies auf der Basis wesentlichster

ideologischer Standpunkte, die als Orientierungsnotwendigkeit die Stellung zueinander klarlegen sollen und vor allem dann der Konnex zur geschichtszeitlichen Dynamik der Wählerlandschaft, um festzustellen, ob sich eine Ent-Bindung bzw. eine Loslösung von sog. Parteitreu entwickelt.

**THESE: Meinem Dafürhalten nach gibt es eine generelle Tendenz in der Gesellschaftsstruktur zur Ent-Bindung von Partei-Treue!** Ich glaube, dass sich der Einzelne immer weniger langfristig einer Partei und einem ideologischem Gedankengut verpflichtet fühlt.

Ich gehe in diesem Zusammenhang auch von Wechselwirkungen aus und bin vorweg davon überzeugt, dass es im Spannungsfeld zwischen ideologischen Ursprüngen (Parteien) und historischen Entwicklungen in der Parteienlandschaft, vor allem in jüngerer Zeit - (Bsp.:) einerseits besonders in der Arbeiterschaft, andererseits auch durch eine gewisse "Aufweichung" der Kirchenbindung breiter Bevölkerungsgruppen - eine gewisse Form von "Akzeleration" der Wählermobilität ergibt, die sich - durch Tendenzverschiebungen im Wahlverhalten - vor allem auf die SPÖ und die ÖVP auswirkt. Grundsätzliche Frage: **WELCHE VERÄNDERUNG IN DER WÄHLERSCHAFT IST IM ZUGE EINER HISTORISCHEN GRUNDSÄTZLICHEN POSITIONIERUNG HINSICHTLICH EINER (TRAD.) PARTEITREUE ZUR ÖVP UND SPÖ FESTZUSTELLEN?**

Mein Fokus liegt im Schnittpunkt zwischen der historischen Kontrastbildung der in der Zweiten Republik maßgeblichen Parteien SPÖ und ÖVP, deren unterschiedliche Weltauffassungen sich im "humanistischen Rahmen" bewegt und der Vernetzung mit dem Wählerverhalten der letzten 50 Jahre.

Ausgangspunkt ist ein kurzer ideologischer Umriss zur "positionellen Orientierung" und die parteigeschichtliche Darstellung, dies von Beginn an unter Berücksichtigung des **Wählerverhaltens hinsichtlich der ÖVP und der SPÖ.**

Die historische Betrachtung soll hier (nur) die **klassischen Konfliktlinien** - aufgrund derer sich ein politisches "Links" und "Rechts" gebildet hat - durchklingen lassen (Klassen, Religion etc.)! Im Hinblick auf die getroffene Titelvorgabe, möchte ich - soweit mir irgendwie möglich - durch Zahlen und Fakten belegen. Im Schlussteil dieser Arbeit werde ich versuchen, und zwar auf der Basis einer kritischen Betrachtung, eine kurze Quintessenz herauszukristallisieren.

Im Kapitel 2 und 3 werde ich die ideologischen und historischen Grundlagen darstellen und versuchen, die klassischen Positionierungen in der Parteilandschaft durchklingen zu lassen.

Danach, also in Kapitel 4, möchte ich Konfliktlinien (Charakterisierung durch Auswahl) zur Sprache bringen - in Anbetracht der Traditionen bzw. einer themengemäßen Kontrastbildung zw. "Neuem u. Altem" (Kap.5). Kapitel 6 führt dann zu zahlenmäßigen Fakten, um im Sinne einer Schlussfolgerung der titelgemäßen Blickrichtung gerecht zu werden.

Vorwiegend lieferte mir das Buch *Parteien in Österreich* (Paul Windisch) die Grundlage für meine historischen Reminiszenzen. Hinsichtlich der Ideologien habe ich mich auch an der Lektüre *Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien* (A. Kadan und A. Pelinka) orientiert. Da der Untermuerung meiner Interessensbekundung (Einleitung) Fakten in Form von Zahlen zuträglich sind, verwendete ich auch das Kapitel "Veränderungen in der Parteilandschaft" aus d. Broschüre *Politik im Wandel* (R. Gärtner, R. Hussl, B. Natter, A. Pelinka, S. K. Rosenberger), d. 8. *VOs-Text* (vgl. Punkt 8) und entsprechende Internetseiten - Tabellen (Wahlergebnisse etc.).

## 2. *Ideologische und historische Bezugspunkte der ÖVP*

### 2.1. *Grundsätzliche ideologische Aspekte der ÖVP*

Wesentliche Grundaussagen der katholischen Soziallehre werden einerseits vom **Neuen Testament**, andererseits von der **antiken Sozialethik von Platon und Aristoteles hergeleitet**. Laut Thomas von Aquin (1225 bis 1274) besteht zwischen dem christlichen Menschenbild und dem sozialetischen Ansatz der antiken Philosophen grundlegende Übereinstimmung. Spezifisch christlich an dieser Soziallehre ist nicht ein bestimmter Lehrinhalt, sondern der Aspekt der christlichen Nächstenliebe. Der christlich-soziale Standpunkt ist auch für Nichtchristen beziehbar, weil er in erster Linie nicht als religiöser, sondern als philosophischer Standpunkt verstanden wird. **Die Ideologie der Christlich-sozialen Partei hat ihre theoretische Grundlage in der christlichen Soziallehre**. Diese entstand hauptsächlich innerhalb der **katholischen Kirche**. Man geht davon aus, das der Mensch als individuelle Person unverwechselbar und einzigartig ist (Individualnatur). Seine Selbstgenese erfolgt aber in Kooperation mit anderen (Sozialnatur); ohne kulturelle, rechtliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Voraussetzungen bleibt sie bruchstückhaft und verkümmert. Für die katholische Soziallehre ist nicht nur die Gleichheit der Menschen, sondern auch deren Ungleichheit ein Problem der sozialen Gerechtigkeit (*Parteien in Österreich*, Paul Windisch, 1981). Daraus leitet sich zwar ab, dass die Gesellschaft um der individuellen Einzelperson willen da ist, dies aber im Zusammenhang mit dem **Subsidiaritätsprinzip** (Prinzip d. Eigenleistung und Prinzip der Hilfestellung) steht, das durch die Maxime "Was man selbst tun kann, damit soll man niemand anderen behelligen"

getragen wird. Wenn auch die Zuweisung von Autorität über dieses Prinzip erfolgen soll, so geht es dabei in einem hohen Maß um die Wahrnehmung an Eigenverantwortung.

1945 bekennt sich die ÖVP durch ein eindeutiges Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie und zur österr. Nation. Kontinuität zur Vorgängerin bestanden vielfach in personeller (Funktionäre) und in sozialstruktureller Hinsicht (Bauern, Gewerbetreibende, Beamte und Angestellte als Kernschichten) sowie in einem gewissen Nahverhältnis zur katholischen Kirche (vgl.: [www.aeiou.at](http://www.aeiou.at), 2001)

## **2.2.. Die ÖVP nach 1945**

Die Konstituierung der Österreichischen Volkspartei, als Nachfolgerin der Christlich-Sozialen Partei, findet am 17. April 1945 im Wiener Schottenstift statt, und zwar als Sammelbecken verschiedener bürgerlicher und bäuerlicher Gruppierungen. Der damaligen Zentralfigur Leopold Kunschak stehen jüngere Funktionäre zur Seite, die aus dem Reichsbund der Katholischen Jugend hervorgegangen sind; die Bauern vertritt Leopold Figl (Direktor des NÖ Bauernbundes) und die Unternehmerseite Julius Raab (Obmann des Gewerbebundes). Die Partei gliedert sich in Bünde, deren Obleute jeweils Stellvertreter des Parteiobmanns sind. Auch in den Bundesländern bilden sich politische Parteien als Nachfolgeorganisationen der „alten Christlichsozialen“. Trotz der Demarkationslinie gelingen 1945 Länderkonferenzen und letztlich eine Zusammenfassung zur Gesamtpartei. Am 8. September wird der provisorische Parteivorstand mit Figl an der Spitze gewählt, der dann auch als Spitzenkandidat für die erste Nationalratswahl (25.11.1945) ins Rennen geht, dabei geht die ÖVP mit 85 Mandaten (49% der gültigen Stimmen) als Sieger hervor.

In einem ersten Parteiprogramm ("Programmatischen Grundsätze") heißt es in der Einleitung: „Die Österreichische Volkspartei übernimmt das Erbe jener politischen Gruppen, die **stets auf dem Boden der österreichischen Überlieferung standen** und Österreichs Selbstständigkeit verteidigten“ (S.35, *Die Grundsatzprogramme der österr. Parteien* von Pelinka & Kadan/79). Die ÖVP hat nach 1945 als einzig bürgerliche und damit als einzig nichtmarxistische Partei eine gewisse Monopolstellung, erhält aber 1949 durch die Gründung der VdU, die von der SPÖ massiv unterstützt wird, Konkurrenz. Obwohl die ÖVP bei der Nationalratswahl am 25. Nov. 1953 mit 83 Mandaten eine absolute Mehrheit erreicht, koalitiert sie mit den Sozialisten, letztlich sicher auch deshalb, um den Besatzungsmächten Paroli bieten zu können.

1952 werden die ÖVP-Regierungsmitglieder ausgewechselt und ein neues Programm beschlossen. Noch war die **politische Unabhängigkeit nicht erreicht, die Kriegsschäden**

**nicht wirklich überwunden**, sodass die Schlussentzcheidung des Programms "Alle diese Ziele können aber nur durch das gemeinschaftliche Zusammenwirken und Zusammenstehen aller aufbauwilligen Kräfte erreicht werden." (S. 36, *Die Grundsatzprogramme der österr. Parteien* v. Pelinka & Kadan/79) wohl einer Haltung der österr. Mehrheit entsprach. In der Einleitung wird **das Selbstverständnis der Partei mit Bezug auf Tradition, insbesondere auf die katholische Soziallehre, klargestellt: "Die Österreichische Volkspartei ist die politische Vereinigung aller vaterlandstreuen Österreicher, die auf Grund der christlich-abendländischen Kulturauffassung (Einfluss der Lehre Christi/sittlich und religiöse Erziehung etc.) die programmatischen Leitsätze der Partei, insbesondere jene des Solidarismus und eines gesunden Föderalismus, im Gegensatz zu klassenmäßigen und zentralistischen Bestrebungen vertreten und bereit sind, diese Auffassung im Wege der Demokratie in einem freien und unabhängigen Österreich durchzusetzen"** (S. 36, *Die Grundsatzprogramme der österr. Parteien* v. Pelinka & Kadan/79). 1953 führen Gegensätze zwischen den Regierungsparteien in eine Budgetkrise, das Parlament wird aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben. Die Sozialisten werden stimmstärkste Partei, die ÖVP erhält mandatsmäßig die Mehrheit (74/SPÖ 73; VdU 14 Sitze). Ab dem 2.4.1953 führt Julius Raab die Regierungsgeschäfte an. Der Staatsvertrag und die Erfolge des Raab-Kamitz-Kurses werden überwiegend der ÖVP zugerechnet. 1956 kommt die ÖVP mit 82 Mandaten nahe an die absolute Mehrheit heran; die SPÖ gewinnt nur 1 Mandat dazu.

1957 zeigt sich bei der Bundespräsidentenwahl - ÖVP und FPÖ hatten einen gemeinsamen Kandidaten nominiert, dass der „Bürgerblock“ in der Zweiten Republik keine tragfähige Mehrheit erwarten kann - im Gegensatz zu heute. Daraufhin rückt die ÖVP von der Idee einer bürgerlichen Koalition ab. Im Anschluss an den Staatsvertrag und dem beginnenden Wirtschaftsaufschwung erfolgt am 28.11.58 die Verabschiedung eines neuen Programmes, mit dem die Partei 1959 in den Wahlkampf eintritt. Dies bedeutet zwar keine Änderung der großen programmatisch-ideologischen Linie, in Kontrastierung zum kurz vorher beschlossenen SPÖ-Programm wird aber die Modernität der politischen Grundbegriffe aus dem Personalitäts-, Solidaritäts- und Subsidiaritätsprinzip betont, **die gegen den „Kollektivismus“, „Zentralismus“ und „Materialismus“ des politischen Gegners gestellt wird**. 1959 kommt es zu einer Pattstellung; denkbar werden nun auch politische

Arbeitsmethoden jenseits der großen Koalition. 1960 werden Dr. Gorbach Bundeskanzler und Dr. Withalm Generalsekretär. Während die **ÖVP bei der Nationalratswahl 1962 mit 81**

(SPÖ 76) eine klare Mehrheit erlangt, stürzt sie zwei Jahr später in eine schwere Führungskrise, da Gorbach offensichtlich Reformziele nicht durchsetzen konnte.

1963 setzt sich am Parteitag das Reformduo Klaus/Withalm (Dr. Klaus wird 1964 Bundeskanzler) durch (Klagenfurter Manifest repräsentiert neuformulierten Parteigrundsätze, 1965 beschlossen - „offenen Volkspartei“/„Partei der neuen Mitte“ - siehe S. 37, *Die Grundsatzprogramme der österr. Parteien* v. Pelinka & Kadan 1979).

Der Wahlerfolg von 1966 führt zu einem Ende der Großen Koalition und zur ersten Einparteienregierung (ÖVP) mit regierungsfähiger Mehrheit.

Das bis Ende der 60er Jahre erfolgreiche Konzept der ÖVP ist das einer **bürgerlichen Sammelpartei, die verschiedene Berufsgruppen und ideologische Strömungen (konservative Einstellung, Liberalismus, kath. Soziallehre) in sich vereint.**

Knapp nach der Nationalratswahl entziehen die ÖVP-Wähler jedoch der Mehrheitspartei ihr Vertrauen und es folgen schwere Wahlniederlagen. Der SPÖ gelingt es sich zu profilieren. Kreisky löst den glücklosen Pittermann ab. Die Wahlniederlage 1970 leitete eine 17jährige Oppositionszeit ein. 1971 erlangt die SPÖ eine absolute Mehrheit, die sie auch 1975 verteidigen kann. Unter anderem gelingt es in Folge der ÖVP nicht, sich auf Bundesebene als glaubwürdige Alternative zur sozialistischen Mehrheit zu etablieren; außerdem werden wesentliche Strukturänderungen in Österreich nicht erkannt.

Mit Ausnahme des Jahres 1966 beginnt die SPÖ ständig an Wählerschaft zu gewinnen; die ÖVP zeigt hingegen mehrere Tiefpunkte (1953, 1959, 1970, 1971, 1975 etc..).

Während es der SPÖ nicht nur gelingt, den Wähleranteil permanent zu erhöhen und diesen auch zu halten, erlebt die ÖVP eine Wechselbad - abhängig von den (tages)politischen Umständen - zwischen Sympathie und Antipathie.

Nach K. Schleinzler (1971-75), J. Taus (1975-79) und A. Mock (1979-89), übernehmen in weiterer Folge J. Riegler (1989-91) und E. Busek (1991-95) die Funktion des Parteiobmannes. Auch bei den Nationalratswahlen 1986 verzeichnet die ÖVP einen leichten Wählerrückgang, 1990 und 1994 verliert sie aber so stark, dass sie auf die Größe einer Mittelpartei schrumpft. 1995 erreicht sie leicht Stimmengewinne. Bei den Nationalratswahlen 1999 kann sie ihren Mandatsstand zwar halten, schrumpft aber nach Stimmen zur drittstärksten Partei; trotzdem stellt sie 2000 durch die ÖVP-FPÖ-Koalition erstmals seit 30 Jahren mit Wolfgang Schüssel wieder einen Bundeskanzler.

### 3. *Ideologische und historische Bezugspunkte der SPÖ*

#### 3.1. *Grundsätzliche ideologische Aspekte der SPÖ*

Es sei hier festgehalten, dass sich die Wurzeln des modernen Sozialismus und der Sozialdemokratie keineswegs nur im Marxismus finden; obwohl zu diesem natürlich ein starkes Verwandtschaftsverhältnis zu orten ist. Entsprechende Ideen lassen sich bis in die Antike zurückverfolgen. Während der Kommunismus die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und Konsumgüter fordert, sowie eine alle Lebensbereiche umfassende zwangsweise Ordnung der Gesellschaft, gewährt der Sozialismus persönliche Freiheiten und beschränkt den gemeinschaftlichen Besitz auf die Produktionsmittel.

Hinsichtlich einer Abgrenzung zur ÖVP möchte ich hier auch erwähnen, dass im Sinne des Marxismus die **Religion** schlechthin **von eigentlichen Problemen ablenkt** bzw. auf Scheinprobleme verweist und die Aufgabe des Menschen nicht das Streben nach Glück im eingebildeten Jenseits sein soll, sondern vielmehr die Gestaltung des eigenen Glücks hier und jetzt. Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass alle Religionen an eine menschliche Entscheidungsfreiheit (Möglichkeit der menschlichen Schuld) glauben, während das menschl. Individuum für Marx ein Produkt seiner Umwelt bzw. der Produktionsverhältnisse darstellt (Seite 113, *Parteien in Österreich*, Windisch, 1981).

Die eigentlichen Wurzeln der Sozialdemokratie beginnen bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu sprießen. In Österreich ist seit 1945 die Bindung an den Marxismus offiziell nicht mehr gegeben; dies wohl deshalb, um die Unterstützung möglichst breiter Bevölkerungskreise grundzulegen. Sozialismus im weiteren Sinn meint Bestrebungen zur **Beseitigung von Klassenunterschiede und im modernen Sinn ein nationalökonomisches System zur Ermöglichung einer gemeinsamen bzw. geplanten wirtschaftlichen Tätigkeit der Gesellschaft (Gemeineigentum statt Privateigentum)**. Um **Not und Elend der breiten Masse zu beseitigen, wird die wirtschaftliche Freiheit des einzelnen eingeschränkt** und – diesen betreffend - der Gemeinschaft die Verantwortung für seine soziale und ökonomische Lage übertragen.

### 3.2. Die SPÖ nach 1945

1874 erfolgt die Konstituierung der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei". 1934 entwickelt sich eine Teilung zwischen gemäßigten und revolutionären Sozialisten (Seite 136, *Parteien-PolitikerInnen-Parteienstaat*, Anton Pelinka, 2000).

Am 14. April 1945 wird die Sozialistische Partei Österreichs gegründet (Zusammenschluss der „Sozialdemokraten“ mit den „Revolutionären Sozialisten“ bzw. des gemäßigten und des revolutionären Flügels), und zwar letztlich als direkte Fortsetzung des großen linken Lagers der Vorkriegszeit. Als schwierig erweist sich die Abgrenzung zu den Kommunisten. Der Begriff der "Diktatur des Proletariats" wurde ausgeklammert und durch das Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie eine Grenzlinie gegenüber den Kommunisten gezogen:

**„Die Sozialistische Partei Österreichs ist eine grundsätzlich demokratische Partei. Sie lehnt entschieden jedes System eines Einparteienstaates ab und sieht in dem freien Kräftespiel politischer Parteien die notwendige Grundlage der Demokratie“** (S. 34, *Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien*. Pelinka & Kadan, 1979).

Wie bereits dargestellt koalierte die SPÖ mit der ÖVP (1947-66).

Obwohl 1953 im Zuge der Neuwahlen die SPÖ als stimmstärkste Partei hervorgeht, erlangt die ÖVP aufgrund der Wahlarithmetik eine Mandatsmehrheit von einem Mandat.

1956 kommt die ÖVP wieder nahe an die absolute Mehrheit heran.

Die SPÖ beginnt ihre ideologische Erneuerung am Parteitag 1956. Die Einstimmigkeit, mit der das Programm schließlich im Mai 1958 beschlossen wird, zeigt, dass es ein Kompromiss ist, das in echt **austromarxistischer Tradition** jedem etwas bietet: Den Marxisten marxistische Formulierungen; dem Humanisten scharfe Abgrenzung gegenüber dem Kommunisten etc. „Daher sind die Sozialisten unbeugsame und kompromisslose Gegner des Faschismus wie des Kommunismus“ (S. 34, *Die Grundsatzprogramme der österr. Parteien*, Pelinka/Kadan/1979). Auf dieser Grundlage erlangt die SPÖ 1959 relative Stimmenmehrheit.

Daraufhin führt eine Pattstellung zu einer unbeweglichen Regierungspolitik.

Die Nationalratswahl 1962 beschert eine schwere Niederlage und verstärkt parteiinterne Auseinandersetzungen. 1964 kommt es zu einer Parteikrise (Pittermann wollte mit Hilfe der FPÖ die ÖVP aus der Regierung drängen; "Affäre Olah").

Schließlich wird Kreisky (1967) zum Vorsitzenden gewählt und in der Folge beim nächsten ordentlichen Parteitag mit 97,4 % der Stimmen zum unbestrittenen Führer des österreichischen Sozialismus gekürt.

1970 wird die Partei, letztlich aufgrund der internen Probleme der ÖVP, stärkste Partei (relative Mehrheit) und regierungsfähig. Kreisky bildet eine Minderheitsregierung und ist entschlossen, diese einmalige Chance zu nützen. Die SPÖ sieht sich in der "dritten Phase der **Arbeiterbewegung**" (erste Phase: dem Proletarier wird seine gesellschaftliche Rolle bewusst gemacht; zweite Phase: Wohlfahrtsstaat), die sich eine Verwirklichung der sozialen Demokratie, durch **Kontrolle der Macht** auch in Bereichen, die sich bisher der Kontrolle entzogen haben, zur Aufgabe macht.

Kreisky baut sich die FPÖ als potentiellen Koalitionspartner auf profitiert, von Fehlern der ÖVP in der Landesverteidigungspolitik (Strukturschwächen des Heeres etc.) und strebt aus wahltaktischen Gründen Neuwahlen an. Seine Politik geht auf. 1971 erreicht er die absolute Mehrheit (93 Mandate; die SPÖ gewinnt 60.000 Stimmen, die ÖVP verliert 90.000 Stimmen). In Folge einer Ideologiediskussion (Parteitag 1972), aufgrund von "Bewegungen" in der jüngeren Generation steckt er aber den ideologischen Horizont der Partei ab und offenbart seinen "marxistischen Kern".

Das Beheben sozialpolitischer Versäumnisse der ÖVP (Schülerfreifahrt etc.), lässt Raum für die Umsetzung von spezifisch sozialistischem Gedankengut (Abtreibung etc.).

Der SPÖ gelingt auch 1975 ein Ausbau der absoluten Mehrheit und erreicht 1979 sogar 51%. Eine relative Mehrheit wurde dann 1983 erreicht; Fred Sinowatz bildet daraufhin eine Koalitionsregierung mit der FPÖ. 1986 wird Jörg Haider FPÖ-Obmann. Nachdem Vranitzky die "Kleine Koalition" aufgelöst hat, entpuppt sich die SPÖ nach den Neuwahlen wieder als stärkste Partei. 1987 kommt es zur Großen Koalition (SPÖ + FPÖ). Diese wird nach den Nationalratswahlen 1990, bei der die SPÖ wiederum stärkste Partei bleibt, fortgesetzt. Auch 1994 bleibt sie - trotz eines enttäuschenden Wahlergebnisses - die Partei mit dem stärksten Wählervotum. Nach dem Bruch der Koalition 1995, erringt die SPÖ wiederum Stimmenzuwachs. 1997 übernimmt Viktor Klima das Amt des Bundeskanzlers und übergibt es im April 2000 an Alfred Gusenbauer.

1999 begründeten etwa zwei Drittel der SPÖ-Wähler ihre Entscheidung für die Sozialdemokratische Partei mit der Sicherung der politischen und sozialen Stabilität (65%) bzw. mit Motiven der Interessenvertretung und Tradition. Die Liste der Pro-ÖVP-Motive wird von Interessensvertretung und Tradition angeführt (neben Wirtschaftskompetenz etc.).

#### 4. Abgrenzung grundsätzlicher Konfliktlinien

Aus dem obigen **historischen Rückblick** geht klar hervor, dass **sich die ÖVP und die SPÖ seit 1945 von der politischen Mitte aus gesehen am nächsten diametral gegenüber stehen, dies im Sinne eines politischen "Links" und "Rechts"**.

Typische Cleavages (Konfliktlinien) grenzen ab, wenn ein Klassengegensatz darüber entscheidet, ob die SPÖ gewählt wird oder die aktive Zugehörigkeit zur Kirche eher in Richtung christlichsoziale Partei tendieren lässt. Aber reichen die alten Cleavages hinsichtlich der Parteitreu noch aus?

Mögliche Konfliktlinien könnten sich zum Beispiel auch hinsichtlich des Alters, Geschlechts und Bildung ergeben ("Politik im Wandel", Tabelle S. 11, Autoren s. Pkt. 8.;

*alt*: Klasse/Religion, *neu*: Generation/Geschlecht/Ausbildung)

##### 4.1. Traditionelle Typologie (Auswahl)

**Klasse:** Traditionellerweise bilden die Arbeiterschicht eine Wählerbasis für die SPÖ. Demgegenüber wird die ÖVP eher von den Bauern und Gewerbetreibenden gestützt.

In diesem Zusammenhang ist offensichtlich, zumindest meinem Dafürhalten nach, die Kluft "**public vs. private**" auch als Konfliktlinie zu sehen.

**Religion:** Kirchenbindung fördert wohl eher die Tendenz zur ÖVP.

**Region:** Gegensätze zwischen Zentrum und Peripherie bzw. Stadt und Land, letztlich zwischen dem "Roten Wien" und den "Schwarzen Ländern" prägen die beiden ehemaligen Milieuparteien.

Ich halte - aus historischer Sicht - die nun erwähnten Konfliktlinien, aufgrund der "Grundsätzlichen Aspekte" bzw. bisheriger Kernaussagen hinsichtlich der ÖVP und der SPÖ, für die traditionellsten, demzufolge für die elementarsten.

Natürlich können, vor allem wegen Tendenzen in der jüngeren Vergangenheit, für die beiden Parteien auch andere Cleavages ("Wertewandel", Inklusion/Exklusion, Genderproblematik etc.) nicht ausgespart bleiben.

Zusatzbemerkung: 1999 votierte erstmals eine Mehrheit der ArbeiterInnen für die FPÖ; die gesellschaftliche Säkularisierung entspannt die Konfliktlinie "Religion" (vgl.: *Parteien-PolitikerInnen-Parteistaat*, A. Pelinka/Rosenberger, 2000).

#### ***4.2. Zentrale Determinanten Ende der 90er Jahre***

Die Milieuparteien mutierten zu Massenparteien, so strich die SPÖ "Klassenkampf-Begriffe", die ÖVP öffnete sich wiederum der bürgerlichen Mittelschicht etc.

In jüngerer Zeit entstehen einerseits tiefreichende Neuorientierungen im Wahlverhalten der jüngeren Wählergeneration, eine "diffuse" Protesthaltung bzw. generelle Unzufriedenheit, neue (sektorale) Konflikt- und Spannungslinien - von besonderer Relevanz: **public versus private**, eine Werte-Polarisierung ("Neue Rechte"/"Neue Linke") und ein "Realignment des Wahlverhaltens der österreichischen Arbeiterschaft. Nicht zu vergessen der Einfluss massenmedial induzierter Stimmungslagen.

([www.zap.or.at/20102104.html](http://www.zap.or.at/20102104.html), 2001)

#### ***5. Synopsis hinsichtlich der Konfliktlinien und der Wählervoten***

In der Zweiten Republik sind verschiedene Phasen des Wählerverhaltens festzustellen.

Nach 1945 trennen sich die großen politischen Lager - Christlich-Soziale und Sozialisten - in ÖVP und SPÖ auf ("partielles Realignment"). In den 50er und 60er Jahren wird das Wahlverhalten nach wie vor von traditionellen Mustern dominiert und ist dementsprechend stabil. In diesem Zeitraum wiesen noch drei Viertel der österreichischen Bevölkerung eine stabile Bindung zu einer politischen Partei auf. (vgl.:[www.zap.or.at](http://www.zap.or.at)). Bereits in den 60er Jahren kann man schon eine beginnende Erosion orten. Nach einer Stabilisierungsphase während der 70er bis in die 80er Jahre hinein beginnt eine Phase der Erosion in der bis dahin traditionelle Muster zunehmend schwächer werden. Familientraditionen und Ideologien verlieren an Bedeutung. Im Vergleich zur Mitte der siebziger Jahre hat sich der Anteil von Personen mit starker Parteibindung halbiert und beträgt 1999 nur mehr 16%. **Ende der 90er Jahre weist nur mehr die Hälfte der Wahlberechtigten eine langfristig gefühlsmäßige Neigung zu einer bestimmten Partei auf.**

#### ***6.. Zahlenmäßige Faktizität bzw. Aspekte hinsichtlich des Wahlverhaltens***

Lange Zeit also vereinten ÖVP und SPÖ 90% der Stimmen. Dieser Dominanz stand eine kleine dritte Partei gegenüber, die FPÖ. Die Ära der Großen Koalition bis 1966 wurde dann von Alleinregierungen abgelöst (bis 1970 die ÖVP, bis 1983 die SPÖ). Mittlerweilen sind fünf Parteien im Nationalrat vertreten.

Die "**Dekonzentration** des österreichischen Parteiensystems" zeigt sich besonders ab dem Jahr **1975, in dem ÖVP und SPÖ gemeinsam noch 84,4% Stimmenanteil** für sich buchen können, **1995 verbleiben davon nur 66,4% für die beide Parteien gemeinsam**

(vgl. Tabelle Seite 2 aus *Politik im Wandel*, Autoren siehe Pkt.8).

Lange Zeit ist die WechselwählerInnenschar stabil, 1979 lediglich 7%; 1994 waren es bereits 19%. Der Tendenz folgend geht der Stammwähleranteil zwischen 1969 (65%) und 1995 (28%) um satte 37% zurück. Im Zusammenhang damit verdoppelt sich der Anteil jener, die sich erst kurz vor der Wahl definitiv festlegen im Zeitraum zwischen 1979 (9%) und 1994 (18%); wobei sich die "Wankelmütigen" aber letztlich eher für eine Oppositionspartei (FPÖ, LiF, Grüne).entscheiden (vgl. Tabelle Seite 2 aus *Politik im Wandel*, Autoren siehe Pkt.8).

Folgendes kann überblicksmäßig festgestellt werden: "In den 80er Jahren kommt es zu erfolgreichen Parteineugründungen. Seit den späten 80er Jahren, mit der Einigung der Grünbewegung und den Stimmgewinnen der FPÖ wird das Parteiensystem nicht nur mobiler, sondern es wird auch von einem Mehrparteiensystem gesprochen: ab 1986 besteht wieder ein Vier-Parteien-Parlament, zwischen 1993 und 1999 sogar erstmals ein Fünf-Parteien-Parlament. Nach der Nationalratswahl 1999 sind drei Parteien annähernd gleich stark, zwischen ihnen kann potentiell die Regierungsbildung erfolgen." (*Parteien-PolitikerInnen-Parteienstaat*, A. Pelinka/S. Rosenberger, 2000, Seite 135).

1999 kann die FPÖ wie bei allen Wahlen seit 1986 mit 37% den höchsten Anteil an Wechselwählern für sich verbuchen, gefolgt von 17% bei den Grünen, 16% für die ÖVP und 15% für die SPÖ. Jedenfalls stellt spätestens die Nationalratswahl 1999 eine einschneidende Zäsur in der Geschichte des österreichischen Parteiensystems dar. **Die historische Figur eines von den zweien dominanten in die festgefügteten soziale Milieus eingebetteten Parteien des in einem stabilen Gleichgewicht gehaltenen Parteiensystems ist definitiv zur Zeitgeschichte geworden.** Es handelt sich also unverkennbar um ein Votum für Veränderung.

"Soziale Lagen und berufliche Lebensumstände waren noch bis in die frühen 80er Jahre trennscharfe Prädikatoren des Wahlverhaltens. Vor allem der berufliche Status und hier besonders die Trennung zwischen vorwiegend manuellen bzw. nichtmanuellen Tätigkeiten prägten das Wahlverhalten und führten zum vergleichsweise stabilen Muster des klassengebundenen Wählers. Seit den achtziger Jahren haben sozioökonomische und generativer Wandel in Verbindung mit fortschreitender Individualisierung und sozialer Differenzierung zu einer **substantiellen Schwächung des klassengebundenen Wählers** beigetragen." (vgl.:www.zap.or.at).

Es ist auch evident, dass **in Zeiten wachsender Säkularisierung die Zahl konfessionell gebundener Wähler rückläufig ist**. Die ÖVP, die 1990 noch von 60% der regelmäßigen Kirchengänger ihr Votum erhält, ist von der Dekonfessionalisierung betroffen. Laut dem Zentrum für "Angewandte Politikforschung" nimmt der Anteil der stark gebundenen Wählerschaft zwar kontinuierlich ab, bleibt aber im Zeitverlauf relativ stabil. So haben 1999 immerhin noch 59% der Wähler mit starker Kirchenbindung - operationalisiert als regelmäßige Teilnahme am Gottesdienst - die ÖVP gewählt (SPÖ 20 %) - vgl. [www.zap.or.at/20200506.html](http://www.zap.or.at/20200506.html)/Tabelle.

Verstärkte "Untreue" ist bei den **Gewerbetreibenden, Selbstständigen und Unternehmern** zu beobachten (die FPÖ konnte dieses Terrain zwischen 1993 und 1995 von 4% auf 28% erweitern).

Darüber hinaus fallen SPÖ und ÖVP in die Kluft "public vs. private" (geschützt vs. ungeschützter Wirtschaftssektor) und **verlieren bei den Beschäftigten in der Privatwirtschaft** überdurchschnittlich.

Wahlforscher sprechen diesbezüglich von einer neuen Konfliktlinie im Wahlverhalten des geschützten bzw. ungeschützten Produktionssektors. Dies lässt sich 1999 bei der Nationalratswahl empirisch nachweisen ([www.zap.or.at/20200506.html](http://www.zap.or.at/20200506.html)).

Eine besonders auffallende Dynamik gibt es auch bei den **Arbeitern**, da eine starke "**Abwanderungstendenz**" in Richtung FPÖ stattfindet, die sozusagen zur "protestorientierten Arbeiterpartei neuen Stils" wird (Seite 8 aus *Politik im Wandel*, Autoren siehe Pkt.8) und seit 1999 (47%) die mit Abstand stärkste Partei unter den Arbeitern (SPÖ nur mehr 35% - vgl.[www.zap.or.at](http://www.zap.or.at)) ist. Demgegenüber **reduzierte sich der Anteil der potentiellen SPÖ-Wähler in der Arbeiterschaft** zwischen 1983 und 1995 von 31% auf 24 %.

Plasser/Ullrich/Seeber sehen diesbezüglich einen weitgehenden "Zusammenbruch traditioneller sozialdemokratischer Milieus", eine fortschreitende und irreversible Desintegration der traditionellen Arbeiterkultur, eine Mischung aus neuer "Cash-Mentalität" und ausgeprägter Individualisierung und eine Soziale Marginalisierung, wie auch Modernisierungsängste (Seite.8, *Politik im Wandel*, 1999).

Die **Prägestkraft d. Gewerkschaften ist schwächer geworden** (SPÖ/1999: 49%, 1990: 62%). Für das **Profil der Wechselwähler** sorgen auch die 30-44jährigen, mit 44% bilden sie diesbezüglich die relativ stärkste Gruppe. Überdurchschnittlich stark vertreten sind auch Maturanten bzw. Akademiker (50%) und Angestellte (38%). Umgekehrt liegt der Anteil an

Parteiwechsler in der älteren Wählergeneration und der unteren Bildungsschicht deutlich unter dem Durchschnitt. Geschlechtsspezifische Differenzen sind in Summe vergleichsweise gering. (vgl. [www.zap.or.at/20200503.html](http://www.zap.or.at/20200503.html) - Nachwahlbefragung 86-99/Fessel-GfK).

Nach den Tendenzen einer Kategorisierung in der Broschüre *Politik im Wandel* (Seite 11, 1999) ist der durchschnittliche SPÖ-Wähler: tendenziell älter, weniger ausgebildet, ohne religiöse Bekenntnis und ArbeiterIn etc. und der durchschnittliche ÖVP-Wähler: tendenziell älter, besser ausgebildet, mit religiöser Bindung, nicht AbreiterIn.

"Der Trend der Erosion der Parteilandschaft wird durch die **Abnahme der Kern- und StammwählerInnenschichten**, durch erhöhte Bereitschaft zum Wechselwählen und durch die Abnahme der affektiven Bindungen ... bestimmt." (*Parteien-PolitikerInnen-Parteistaat*, A: Pelinka u. S. Rosenberger, 2000, S.134).

Auch das Alter bzw. die Generationszugehörigkeit spielt eine Rolle und bildet mittlerweile eine markante Trennlinie im Wahlverhalten. Nur mehr 42% der Unter-30jährigen wählen SPÖ bzw. ÖVP (FPÖ 35%). Während die SPÖ bei den **Jungwählern** zwischen 1986 und 1995 immerhin 9% **verlor**, musste im selben Zeitraum die ÖVP beim jüngeren Wählerpotential sogar eine **Einbuße** von 15% hinnehmen. Charakteristisch war auch 1999 eine folgenreiche Neuorientierung des Wahlverhaltens der jüngeren Wählergeneration, zu Lasten der beiden Traditionsparteien SPÖ und ÖVP. Eine solche "Bewegung" in der jüngeren Generation lässt wohl auch darauf schließen, dass die Sozialisationsfunktion weniger Stellenwert hat als früher.

Aber selbst bei den Über-60jährigen kann nicht mehr von einer Konzentration der Stimmen der Senioren auf die beiden Traditionsparteien gesprochen werden, obwohl die Stimmenanteile

von SPÖ und ÖVP unter den Senioren nach wie vor überdurchschnittlich ist (["www.zap.or.at/20200506.html"](http://www.zap.or.at/20200506.html)).

Summa summarum führte die dargestellte Entwicklung in die Auflösung der Partei= konzentration (Indikator: Verhältnis des jeweiligen Votums für SPÖ + ÖVP zu den gesamt abgegebenen Stimmen). "Sie betrug bis 1983 fast durchwegs über 90%; 1986 lag der Wert bei 84.4%, 1990 bei 75.1% und sank 1999 auf einen vorläufigen Tiefstand von 60.1%. Mit diesem Wert haben SPÖ und ÖVP deutlich die Zwei-Drittel-Mehrheit, die für die

Verabschiedung von Verfassungsgesetzen erforderlich ist, unterschritten." (*Parteien-PolitikerInnen-Parteienstaat* von A. Pelinka/S. Rosenberger, 2000, Seite 135).

## 7. *Schlussfolgerung*

Aus dem vorigen Kapiteln möchte ich ableiten, dass die Sozialisation bei der jüngeren Generation scheinbar nicht mehr so greift, traditionelle Wählerschichten (Arbeiter, Gewerbetreibende etc.) "abbröckeln", eine höhere Bildung Autonomie fördert und "konditioniertem" Wahlverhalten abträglich ist, neue Problemfelder ursprüngliche Konfliktlinien im Wandel des Geschichtsablaufes verblassen lassen - im Sinne eines "nicht mehr ausreichend sein", aber auch aufgrund anderer Einflussfaktoren (Parteienvielfalt, Religionsverlust, in Frage stellen von Institutionen etc.) generell die **themengemäße Entbindung gefördert** wird.

Hinsichtlich meiner einleitenden Fragestellung "Welche Veränderung in der Wählerschaft ist im Zuge einer historischen Positionierung hinsichtlich einer Parteitreu zu ÖVP und zur SPÖ festzustellen?" möchte ich festmachen, dass am Ende der 90er Jahre die traditionellen Determinanten nicht mehr ausreichen um die Komplexität des österreichischen Wahlverhaltens zu beschreiben. Die Zeit schreitet voran und auch neue Konfliktlinien wirken prägend, dies mittlerweile stärker als konfessionelle bzw. gewerkschaftliche Bindungen (["www.zap.or.at/20200506"](http://www.zap.or.at/20200506)), obwohl diese offensichtlich nicht ausgespart bleiben dürfen. Aufgrund der bisherigen Darstellungen liegt das Epizentrum einer georteten Erosion in der Parteilandschaft großteils in den sogenannten traditionellen Parteien und erlaubt mir den logischen Schluss zum (vorsichtigen, da ja wohl auch nur bis zu einem gewissen Grad)

### **"JA" HINSICHTL. DER FRAGE NACH DER ENTBINDUNG VON PARTEITREUE!**

Eine Ent-Bindung von Parteitreu findet wohl im Sinne einer zunehmenden Mobilität statt, jenseits emotionaler Bindung gegenüber dem - eventuell durch Sozialisation vermittelten - "Althergebrachten"; bedenkt man jüngere Abwanderungstendenzen des typischen SPÖ-Klientels (Arbeiterschaft) oder die steigende Wechselwählerschar und die Wahlmobilität der Gewerbetreibenden und Selbstständigen in jüngerer Zeit, aber auch die Betrachtung hinsichtlich der Bildung oder die Einbußen bei der jüngeren Generation etc.

Wann wird die tendenzielle Loslösung von - früher oft "uneingeschränkter" - Parteitreu die sog. Talsohle erreicht haben? Meiner Ansicht nach werden sich manche der hier aufgezeigten Faktoren (Kritikbereitschaft, emotionelle und geistige "Beweglichkeit" etc. - Förderung durch massenmediale Berichterstattung) in nächster Zukunft eher noch verstärken.

Viele Fragen bleiben noch unbeantwortet.

Wohin diese Entwicklung geht, bleibt abzuwarten.

## 8. Literaturliste

- + Gärtner, Hussel, Natter, Pelinka, Rosenberger: *Politik im Wandel*, 1999
  
- + Pelinka/Kadan: *Die Grundsatzprogramme der österreichischen Parteien*, 1979
  
- + Pelinka/Rosenberger: *Parteien- PolitikerInnen-Parteistaat* - (8. VOs-Text), 2000
  
- + Windisch: *Parteien in Österreich*, 1981
  
- + Internetseiten: [www.zap.or.at](http://www.zap.or.at) 2001  
[www.spoe.at](http://www.spoe.at) 2001  
[www.aeiou.at](http://www.aeiou.at) 2001  
[www.slp.at](http://www.slp.at) 2001